

Die Gier der einen und die Verantwortung von allen

Auf der Suche nach Wegen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise

Bereits zum 5. Mal hatten gestern Vormittag die deutsche Botschaft in Luxemburg, die Handelskammer Luxemburg und die Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer gemeinsam zu ihrer zweimal jährlich veranstalteten Wirtschaftskonferenz eingeladen, bei der diesmal die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ganz im Mittelpunkt stand und für eine ansprechende Zahl von über 300 Teilnehmern sorgte.

Vertrauenskrise am schlimmsten

Nach der offiziellen Begrüßung durch Pierre Gramagna, den Direktor der Handelskammer, und den deutschen Botschafter in Luxemburg, Dr. Hubertus von Mott, befasste sich als erster Redner Prof. Dr. Jürgen Stark, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, mit den derzeitigen Wirtschaftsaussichten und der Rolle der Geldpolitik in der aktuellen Situation und betonte, schlimmer noch als die Finanz- und Wirtschaftskrise sei die Vertrauenskrise zwischen den Banken, die den Interbankenmarkt auf ein verschwindend geringes Niveau abgesenkt habe.

„Die Politik und die Zentralbanken haben entschieden reagiert und mit beispiellosen Zinssenkungen und der Bereitstellung enormer Liquiditätsmassen das Finanzsystem vor dem Kollaps bewahrt,“ so Stark, der aber auch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Marktakteuren unterstrich.

Exzesse der Vergangenheit

für die Krise sei zum Teil auch die Politik gewesen, die zu lange ein sehr niedriges Zinsniveau habe gelten lassen, während die Regulierung neuer Finanzprodukte nicht ausgereicht habe und allgemein die marktökonomischen Regeln zu lax gehandhabt wurden, so Stark.

Die Folgen seien bekannt: erstmals sei eine Wirtschaftskrise synchron in allen Teilen der Welt ausgebrochen, der eine generelle Kontraktion des Welthandels folge, verbunden mit einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

In dieser Form sei das Krisenphänomen einzigartig, so Stark, was dazu führe, dass man für eventuelle Zukunftsprojektionen nicht auf konventionelle Modelle zurück greifen könne. Je ernster man im Laufe dieses Jahres die notwendigen Anpassungsprozesse angeht, desto realistischer sei es, ab 2010 mit einer neuerlichen wirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Die EZB selbst geht von einem Minuswachstum aus von 2,2 bis 3,2%, wobei man etwa die Mitte, also 2,7%, als realistischen Wert ansehe. Voraussetzung bleibe allerdings, dass die eingesetzten Stützmaßnahmen ihre angestrebte Wirkung erzielen werden.

EZB kann nicht alles allein tragen

Stark erinnerte dabei an die verschiedenen Maßnahmen der EZB, die darauf abgezielt hätten, die traditionellen Transmissionsfunktionen der Finanzbranche wieder in Gang zu bringen. Neben einem historisch niedrigen Zinsniveau, das eventuell



Jürgen Stark sieht allgemeinen Handlungsbedarf

fenen. Insofern sei die Krise denn auch nicht nur ein Test für die noch junge EZB, sondern für die Regierungen genau so wie für alle Akteure. „Niemand hat Vorgänge in dieser Schwere erwartet,“ so Stark.

Finanzaufsicht europaweit vernetzen

Um eine neue europäische Dimension bei der Finanzaufsicht ging es bei den Ausführungen von Jean Guill, Direktor des Schatzamtes und designierter Nachfolger von Jean Nicolas Schaus als Direktor der „Commission de Surveillance du Secteur Financier“ (CSSF) ab dem 1. Mai 2009. Derzeit würden allenthalben Vorschläge eingebracht zur Reform der Finanzaufsicht quer durch Europa, so Guill, der

de Larosière könne als „Steilvorlage und Wegweiser“ angesehen werden, so Jean Guill, der sich in seinen weiteren Ausführungen für ein integriertes Netzwerk auf der Ebene der bestehenden nationalen Aufsichtsbehörden aussprach, zumal derzeit noch ein Mindestmaß an integrierter Dichte fehle. Durch die Festlegung eines verbindlichen Termins bis Ende 2012 könne schrittweise das gesteckte Ziel erreicht werden. Der Ball liege jetzt bei der EU-Kommission, so Guill.

EU-Regeln – mehr anstreben als Mindeststandards

Mit den gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen für eine europäische Finanzordnung befasste sich Prof. Dr. Thomas von Danwitz, Richter beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, der betonte, verschiedene der aktuellen Problemstellungen seien bereits von seiner Institution behandelt worden. Mit Schuldzuweisungen allein sei es im Augenblick aber nicht getan, vielmehr komme es jetzt auf das Augenmerk von Regierungen und Aufsichtsbehörden an, die richtigen Entscheidungen zu treffen, die es erlauben, den jeweiligen Risikolagen Rechnung zu tragen.

Schließlich seien auch andere Rechtsbereiche als das reine Finanzrecht betroffen, so von Danwitz, der in diesem Zusammenhang Wettbewerbs- und Verbraucherschutz nannte.

Luxemburg setzt weiter auf UCITS

Exzesse der Vergangenheit abarbeiten

Im Jahr 2009, das ein Jahr der Reformen, der Anpassung von Firmen, Prozessen und Bilanzen sein müsse, gelte es, „die Exzesse der Vergangenheit ab zu arbeiten“. Verantwortlich

noch etwas abgesenkt werden könne, ohne aber gegen Null zu tendieren, sei massiv Liquidität in den Markt gepumpt worden mit dem Ziel, das Vertrauen zwischen den Banken wieder herzustellen.

Die derzeitigen Herausforderungen seien enorm für alle Betrof-

bei all diesen Vorschlägen allerdings „keine Lösung für die tief greifenden Probleme im Finanzmarkt“ erkannte und seine Skepsis vor vorschnellen Reformen institutioneller Art zum Ausdruck brachte.

Der rezente Bericht des früheren IWF—und BERD-Präsidenten Jacques

Die von Luxemburg aus weltweit vertriebenen UCITS-Fonds seien in den verschiedenen Weltregionen zu einem Modell für Zuverlässigkeit geworden, so ALFI-Präsident Claude Kremer, der diese Reputation auf die Erfahrung und die Sachkenntnis der multinationalen Fachkräfte in Luxemburg hervor hob. „Wir lernen schnell und reagieren rasch,“ so der Redner. Die Sparer und Anleger würden vor allem Transparenz, Zugangsmöglichkeiten, Risikostreuung und Sicherheit der Fonds schätzen.

Nachdem die luxemburgische Fondsbranche in der Vergangenheit vor allem auf der Angebotsseite mit immer neuen Produkten für Kundenschaft geworben habe, komme es jetzt darauf an, die Anleger verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen und seine Wünsche besser zu verstehen. Mit den neuen UCITS-Vorschriften ergebe sich die Möglichkeit zu verbesserter Information und Vergleichbarkeit. Luxemburg werde die Möglichkeiten im Interesse der Anleger und im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der UCITS-Produkte zu nutzen wissen.

› Nic. Dicken



Zahlreiche interessierte Zuhörer hatten sich zur gestrigen Wirtschaftskonferenz eingefunden

Photos: F. Aussems